

BLITZ-BRIEFING: EINWANDERUNG VON FACHKRÄFTEN

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden, 27. April 2023

I. Sachverhalt

Seit dem Jahr 2020 hat Deutschland eines der liberalsten Einwanderungsgesetze für Fachkräfte weltweit. Unter der unionsgeführten Bundesregierung haben wir das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen: Es stellt sicher, dass diejenigen zu uns kommen, die wir als Fachkräfte brauchen. Diese Einwanderer sollen im Gegenzug eine langfristige Chance auf unserem Arbeitsmarkt haben und gut integriert werden. Deshalb sind die zwei wichtigsten Voraussetzungen für die dauerhafte Einwanderung nach dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Mindestens ein anerkannter Berufsabschluss und ein Arbeitsplatzangebot in Deutschland.

Die Nachfrage der deutschen Wirtschaft nach Fachkräften ist weiterhin hoch: Im bisherigen Jahresdurchschnitt 2023 waren 773.121 freie Arbeitsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Forscher gehen von jedoch insgesamt von rund zwei Millionen unbesetzten Stellen in Deutschland aus, davon allerdings nur ein knappes Viertel im ungelerten Bereich (Quelle: IAB). Nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegt die Arbeitslosenquote formal Geringqualifizierter gegenwärtig bei 21 Prozent, während Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung lediglich eine Arbeitslosenquote von 3 Prozent aufweisen.

Damit wird klar: Wir haben in Deutschland einen Fachkräftemangel. Trotz der sehr weitreichenden Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes von 2020 müssen wir deren praktische Umsetzung und damit die Chance für unsere Wirtschaft, in ausreichender Zahl Fachkräfte im Ausland zu gewinnen, noch weiter verbessern. Deshalb fordern wir die Schaffung einer vollständig digital arbeitenden Bundesagentur für Einwanderung („work-and-stay“).

Die Ampelparteien haben nun einen Vorschlag zur „Weiterentwicklung“ des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vorgelegt. Diese Regelungen sehen wir insbesondere in folgenden Punkten kritisch:

- Die Ampelparteien wollen die Voraussetzungen des in Deutschland anerkannten Berufsabschlusses und eines Arbeitsplatzes für die Einwanderung abschaffen. Zukünftig sollen auch Personen ohne einen mit einer deutschen Fachkraft vergleichbaren Abschluss einwandern dürfen. Es soll bereits eine im Herkunftsland anerkannte zweijährige Berufsausbildung, praktische Berufserfahrung und ein Einkommen von ca. 3.200 Euro/Monat ausreichen.

- Eine Fachkraft soll künftig jede qualifizierte Beschäftigung – auch ohne Bezug zu ihrer Ausbildung – ausüben können. Damit wird die Qualifikation in Bezug auf den Arbeitsplatz entwertet.
- Mit der sogenannten „Chancenkarte“ will die Ampel ein Punktesystem für eine einjährige Arbeitsplatzsuche in Deutschland einführen. Für Fachkräfte gibt es aber bereits heute die Möglichkeit zur sechsmonatigen Arbeitsplatzsuche. In einigen Staaten wie Kanada werden Punktesysteme schon lange genutzt, um aus einem Überangebot an Bewerbern eine Bestenauslese vorzunehmen. In Deutschland aber herrscht ein Unterangebot: Zu wenig qualifizierte Fachkräfte und zu viele Geringqualifizierte wollen nach Deutschland. In dieser Lage bietet das Punktesystem bzw. die „Chancenkarte“ keinen Mehrwert, sondern es senkt die Anforderungen für die Einreise von Niedrigqualifizierten weiter ab. Dazu schafft es nur neue Bürokratie.

II. Unsere Position

Deutschland braucht mehr gut ausgebildete Zuwanderer. Deshalb müssen wir die praktischen Voraussetzungen verbessern, damit gut ausgebildete Zuwanderer nach Deutschland kommen. Des Weiteren müssen wir Fachkräfte in Deutschland halten sowie das Fachkräftepotenzial in Deutschland und in der EU ausschöpfen.

Was die Ampel vorschlägt, ist hingegen ein Systemwechsel: Es geht nicht um mehr die Einwanderung von Fachkräften, sondern um die Öffnung der Einwanderung für Geringerqualifizierte. Wir wissen nicht, welche Auswirkungen dies langfristig haben wird. Es könnten am Ende mehr Probleme entstehen: Je geringer die Qualifikation, desto höher die Gefahr einer späteren Arbeitslosigkeit. Je höher Einwanderer qualifiziert sind, desto bessere Möglichkeiten bestehen für eine langfristige Eingliederung in unseren Arbeitsmarkt und Integration unsere Gesellschaft.

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels schlagen wir deshalb folgendes vor:

- Jedes Jahr verlassen viele gut ausgebildete Fachkräfte Deutschland. Wir müssen Rahmenbedingungen der Arbeit in Deutschland so attraktiv gestalten, dass Fachkräfte aus dem Ausland gerne zu uns kommen und die Fachkräfte, die bereits hier arbeiten, nicht mehr gehen wollen.
- Wir müssen die Potenziale für mehr Beschäftigung im Inland und EU heben. Die Möglichkeiten hierzu haben wir in unserem Positionspapier „Fachkräftemangel beenden, Deutschlands Wohlstand sichern“ vom 13. Dezember 2022 dargelegt.
- Die Verfahren bei der Einwanderung von Fachkräften müssen grundlegend entbürokratisiert und digitalisiert werden. Dafür schlagen wir eine neue Bundesagentur für Einwanderung vor, die die Aufgaben von Visastellen und Ausländerbehörden bündelt, von Anfang an komplett digital arbeitet und die Verfahren massiv beschleunigt.

- Wir müssen die Vermittlung verbessern und dafür sorgen, dass Arbeitgeber die passenden Fachkräfte auf dem weltweiten Arbeitsmarkt finden. Dazu müssen sich auch die Vermittlungsabsprachen der Bundesagentur für Arbeit weiter ausbauen. Dafür muss von den Möglichkeiten von Vermittlungsabsprachen der Bundesagentur für Arbeit in weit größerem Maß Gebrauch gemacht werden.

Deutschland hat in den letzten Jahren einen sehr hohen Zuzug aus dem Ausland erlebt. Allein im Jahr 2022 betrug die Netto-Zuwanderung nach Deutschland 1.420.000 Menschen. Unsere Infrastruktur – Wohnungen, Kindergärten, Schulen und andere kommunale Dienste – ist am Limit. Wir müssen die weitere Zuwanderung deshalb zielgenau steuern und auf diejenigen Fachkräfte eingrenzen, die wir wirklich für den Arbeitsmarkt brauchen. Pläne einer Zuwanderung von bis zu 400.000 Arbeitskräften jährlich und zusätzlich zur ohnehin stattfindenden Migration nach Deutschland – wie sie manchen Ampelpolitiken vorschwebt – lehnen wir ab.

Als Grundsatz muss deshalb gelten: Im formal geringqualifizierten Bereich müssen wir vor allem Chancen für Langzeitarbeitslose schaffen und das vorhandene Arbeitskräftepotential im Inland und in Europa nutzen. Im qualifizierten Bereich hingegen wollen wir gezielt die besten Fachkräfte aus dem Ausland für die Einwanderung nach Deutschland gewinnen.

III. Sprachregelung

Deutschland braucht mehr gut ausgebildete Zuwanderer. Der Gesetzesentwurf der Ampel hilft aber nicht, die Praxisprobleme tatsächlich zu lösen. Denn gesuchte Fachkräfte warten derzeit oft Monate auf ein Visum bei einer deutschen Auslandsvertretung – und gehen im Zweifel in ein anderes Land. Wenn die Zuwanderung von Fachkräften an bürokratischen Hürden scheitert, müssen diese Hürden und nicht die Qualifikationsanforderungen gesenkt werden.

Wir als Unionsfraktion schlagen deshalb eine neue Bundesagentur für Einwanderung vor, die die Aufgaben von Visastellen und Ausländerbehörden bündelt, von Anfang an komplett digital arbeitet und die Verfahren massiv beschleunigt. Darüber hinaus müssen wir die Arbeitsbedingungen in Deutschland so attraktiv machen, dass Fachkräfte sich für Deutschland und nicht ein anderes Land entscheiden.

Für uns gilt: Gerade bei einfachen Tätigkeiten wollen wir vor allem Chancen für Langzeitarbeitslose schaffen und das vorhandene Arbeitskräftepotential im Inland und in Europa nutzen. Im qualifizierten Bereich hingegen wollen wir gezielt die besten Fachkräfte aus dem Ausland für die Einwanderung nach Deutschland gewinnen. Dafür braucht es keine neuen Gesetze, denn die rechtlichen Möglichkeiten sind da. Vielmehr braucht es praktische Verbesserungen in den Verfahren, damit Fachkräfte den Weg nach Deutschland finden.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitz-briefing@cducsu.de.